



# Beratungshilfeprogramm

Kompetenz für den Umweltschutz  
in den Staaten Mittel- und Osteuropas,  
des Kaukasus und Zentralasiens sowie  
weiteren an die EU angrenzenden Staaten

**Umwelt**   
**Bundesamt**

**BHP**  
Beratungshilfe-  
programm

Für Mensch & Umwelt

# Umweltschutz ist eine grenzüberschreitende Herausforderung

## Politischer Umbruch und Umwelt-Know-how

Anfang der 1990er Jahre führte der Umbruch in Mittel- und Osteuropa in der Region zu gewaltigen Herausforderungen auch im Umweltbereich. Als Reaktion darauf riefen die europäischen Umweltminister 1991 in Dobris bei Prag den Prozess „Umwelt für Europa“ ins Leben. Er sollte die verfügbaren Kräfte für den Umweltschutz bündeln. An dem Prozess, der bis heute andauert, sind 55 Staaten beteiligt. Weitere Bemühungen zum Umweltschutz für die Staaten Mittel- und Osteuropas (MOE) und die Neuen Unabhängigen Staaten (NUS), die aus der Sowjetunion hervorgegangen waren, resultieren aus multilateralen Umweltübereinkommen sowie aus bilateralen Bestrebungen gegenüber der Europäischen Union (EU), welche auf einen EU-Beitritt oder ein Assoziierungsabkommen abzielen.

Deutschland und seine Umweltbehörden verfügten schon damals über besondere Kompetenzen, um den Transformationsprozess in der Region beratend zu begleiten: zum Beispiel Erfahrungen im Um- und Aufbau von Umweltverwaltungen und der -infrastruktur in den neuen Bundesländern während der 1990er-Jahre oder in der Vorreiterrolle, die Deutschland bei der Entwicklung von Umwelttechnologien weltweit einnimmt.

### Zielregion des Beratungshilfeprogramms

**Mittel- und Osteuropa:** Albanien, Belarus, Bulgarien, Bosnien und Herzegowina, Estland, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Montenegro, Polen, Republik Moldau, Rumänien, Russische Föderation, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn

**Kaukasusregion:** Armenien, Aserbaidschan, Georgien

**Zentralasien:** Kasachstan, Kirgisistan, Turkmenistan, Tadschikistan, Usbekistan sowie zusätzlich die Mongolei

**Mittelmeerregion:** Algerien, Ägypten, Israel, Libanon, Libyen, Marokko, Syrien, Tunesien, Türkei

### Wachstum des Programmbudgets seit 2000



■ dem UBA übertragene Mittel in % des gesamten Programmbudgets  
Quelle: UBA



## Vorläufer des Beratungshilfeprogramms

Da die MOE- und NUS-Staaten den Transformationsprozess nicht allein bewältigen können, unterstützt Deutschland die Reformen in diesen Ländern seit 1990 mit erheblichen finanziellen Mitteln. Um jedoch auch die Hilfe zur Selbsthilfe zu stärken, entwickelte die Bundesregierung 1992 für diese Staaten das TRANSFORM-Programm. Mit ihm wurden Entscheidungsträger bei der Durchführung der notwendigen Reformen in unterschiedlichen Bereichen, beim Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates und einer sozialen Marktwirtschaft bedarfsbezogen beraten.

Im Umweltbereich war von Anfang an unverkennbar, dass leistungsfähige Umweltverwaltungen beim Abbau von Umweltbelastungen und beim Aufbau einer wirksamen Umweltpolitik eine Schlüsselrolle spielen. In Slowenien und in der Ukraine beispielsweise mussten die nationalen Umweltverwaltungen erst völlig neu aufgebaut werden. Das Umweltbundesamt (UBA) stellte von 1992 bis 1999 für 149 Vorhaben rund 29 Mio. DM (ca. 14,5 Mio. EUR) zur Verfügung. Schwerpunkte waren der Klimaschutz, die Sanierung militärischer Altlasten, die Abwasserbehandlung und der Bodenschutz.

## Start des Beratungshilfeprogramms

Nach dem Auslaufen des TRANSFORM-Programms beschloss das Bundesumweltministerium (heute Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, BMUB) aufgrund der international herausragenden Stellung Deutschlands in der Umweltpolitik und der Umwelttechnologie, ein eigenes Beratungshilfeprogramm (BHP) aufzulegen.

Anlass dafür waren vor allem die Motive

- ▶ Reduzierung der grenzüberschreitenden Umweltverschmutzung in Europa und Bekämpfung der globalen Umweltprobleme,
- ▶ Einflussnahme auf Verhandlungsprozesse der internationalen Umweltpolitik,
- ▶ Beitrag zu deutscher „Umweltaußenpolitik“,
- ▶ Erwartungen seitens anderer Länder zu Unterstützungsleistungen aus Deutschland,
- ▶ Förderung des Transfers von Umwelttechnologien und die Ratifizierung und Umsetzung multilateraler Übereinkommen und Verpflichtungen, insbesondere im Rahmen der UNECE.

Bild links: Wichtige umweltpolitische Handlungsfelder des umzusetzenden EU-Aquis für EU-Mitgliedstaaten sind z.B. der Wasser- und Bodenschutz. Deutschland beriet Bulgarien im Jahr 2013, um die Verwertung von Klärschlämmen an die EU-Vorgaben anzupassen.  
Quelle: INTECUS GmbH

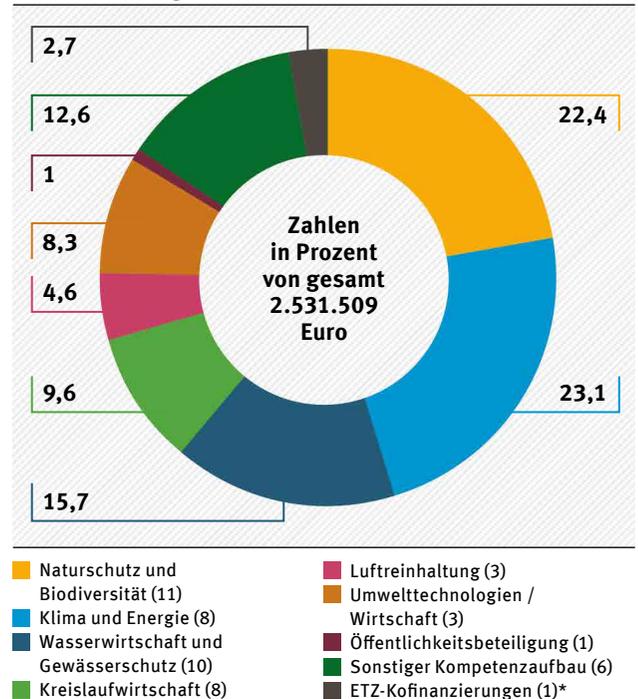
Seit dem Jahr 2000 unterstützt das BHP die geförderten Staaten bei einer Entwicklung, die sich an europäischen Umweltstandards orientiert. Die neuen EU-Mitgliedsstaaten und die EU-Beitrittskandidaten werden vor allem zum Acquis communautaire der EU im Umweltbereich beraten. Als Acquis communautaire (französisch für: „gemeinschaftlicher Besitzstand“) wird das gesamte gültige Recht der EU bezeichnet. Um Mitgliedsstaat zu werden, muss ein Land den vollständigen Besitzstand der EU akzeptieren, darunter auch die Vorgaben im Umweltrecht.

Durch den Austausch und Transfer von Know-how sollen die Umweltverwaltungen gestärkt, Umweltstandards angehoben und Umweltinvestitionen vorbereitet werden. Die im Rahmen der Projekte erreichten Ergebnisse umfassen z.B. Bildungsmaterialien, Handlungsleitfäden oder Politikempfehlungen und tragen dazu bei, die Umweltsituation vor Ort langfristig zu verbessern.

Die Projekt Servicestelle im UBA ist Ansprechpartnerin für Adressaten der Beratung sowie durchführende Organisationen. Sie koordiniert die Abstimmungen zwischen den Beteiligten. Die fachliche Begleitung der Projekte erfolgt durch die jeweils zuständige Bundesoberbehörde des Umweltressorts.

Durch das UBA bewirtschafteter Anteil der Mittel 2014

### Verwendung nach Themenfeldern



in Klammern = Anzahl der Projekte  
Quelle: UBA  
\*) ETZ = Europäische territoriale Zusammenarbeit

### BHP – Zahlen, Themenfelder und Ziele

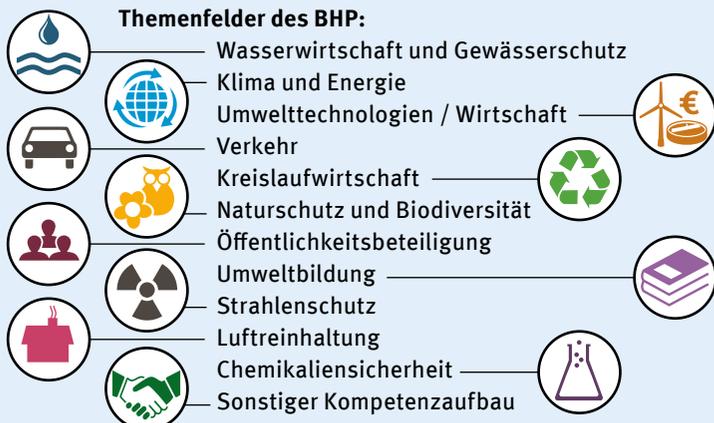
**Programmbudget (2014):** 2,74 Mio. Euro,  
davon durch UBA bewirtschaftet: 2.531.509 €

**Projekte:** über 350 seit Programmbeginn

**Projektbudget:** ca. 1.000 € bis 300.000 €

**Projektlaufzeit:** ca. 2 Monate bis 3 Jahre

**Verteilung der Mittel auf Themenfelder:** entsprechend des Bedarfs (siehe Grafik, Beispiel 2014)



### Mögliche Inhalte von Beratungshilfeprojekten sind z.B.:

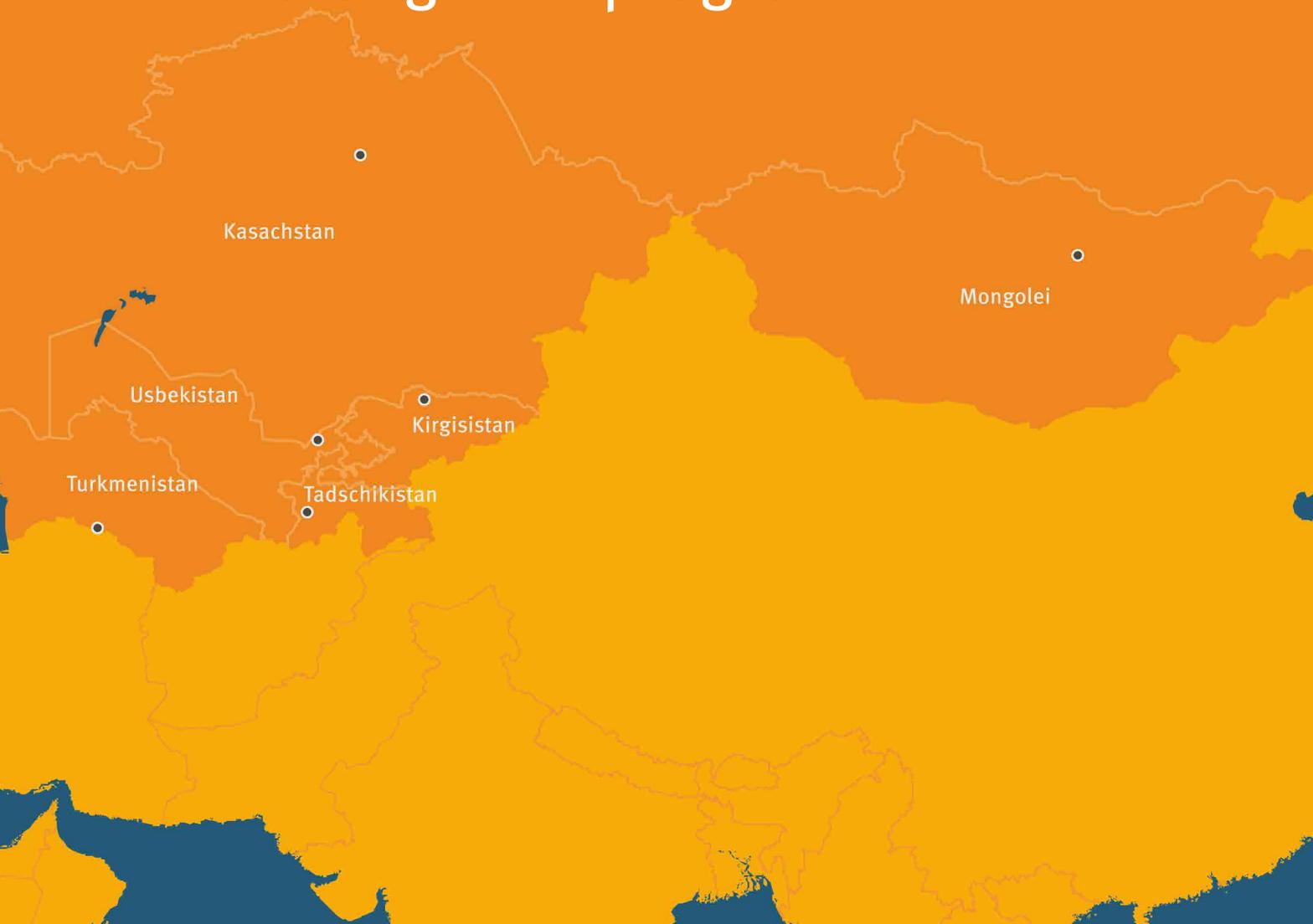
- ▶ Erarbeitung nationaler oder regionaler umweltpolitischer Programme, Strategien und Pläne;
- ▶ Entwicklung von Modellprojekten und vorbildlicher Praxis zur Einführung ressourcen- und umweltschonender Techniken;
- ▶ Förderung länderübergreifender Zusammenarbeit und Bildung von Netzwerken und Kommunikationsstrukturen, z.B. durch Runde Tische, Arbeitsgruppen, Workshops oder Studienreisen;
- ▶ Erarbeitung von Arbeitshilfen zur selbständigen Umsetzung von rechtlichen Verpflichtungen und Standards;
- ▶ Aufbau von Bildungs- und Fortbildungsstrukturen;
- ▶ Maßnahmen zur Verbesserung des Umweltbewusstseins in der Bevölkerung;
- ▶ Förderung von nationalen, regionalen und lokalen Behörden;
- ▶ Maßnahmen zur Vorbereitung, Begleitung oder Nachbereitung von Verwaltungspartnerschaften (TWINNING-Projekte).

Projektbeispiele finden Sie in der Projektdatenbank des BHP:  
[www.uba.de/projektdatenbank-beratungshilfeprogramm](http://www.uba.de/projektdatenbank-beratungshilfeprogramm)



# 2000-2015

Meilensteine der EU-Entwicklung  
als Wegweiser des  
Beratungshilfeprogramms



# Meilensteine der EU-Entwicklung als Wegweiser des Beratungshilfeprogramms

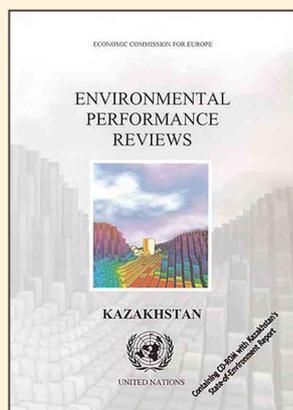
Im Jahr 2000 startet das Bundesumweltministerium das Beratungshilfeprogramm (BHP) für den Umweltschutz in den Staaten Mittel- und Osteuropas sowie den Neuen Unabhängigen Staaten

## 2000

03.2001

 **Sonstiger Kompetenzaufbau Environmental Performance Review (EPR) für Kasachstan**

Das erste Projekt des BHP unterstützte und begleitete die von der UNECE durchgeführte Umweltprüfung (Environmental Performance Review, EPR) in Kasachstan. EPR-Berichte bewerten die Fortschritte der analysierten Länder bei der Verbesserung ihrer Umweltpolitik. Seit dem Jahr 2000 förderte das UBA im Rahmen des BHP bereits 13 EPR-Missionen (siehe Übersicht nächste Seite).



Titelblatt des EPR für Kasachstan. Quelle: UNECE

29.10.2001

**Kroatien und Mazedonien sind 2001 die ersten Kandidatenländer, die ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnen**

## 2001

06.2000 – 05.2001

 **Sonstiger Kompetenzaufbau Unterstützung beim Aufbau des Sekretariates des Regional Environmental Reconstruction Programme (REReP) im Rahmen des Stabilitätspaktes**

Der Stabilitätspakt für Südosteuropa bildete eine wesentliche Grundlage für die Zusammenarbeit mit den Nachfolgestaaten der ehemaligen Republik Jugoslawien. Gemeinsame Aktivitäten auf dem Gebiet des Umweltschutzes sollten die Länder Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Serbien zusammenführen und Wegbereiter zur dauerhaften Sicherung des Friedens sein. Beim Aufbau des Sekretariates der EAP Task Force des Environmental Action Programme (EAP) der OECD leistete das BHP einen wichtigen Beitrag.

Zudem förderte das BHP seit 2000 den Aufbau bzw. die Weiterentwicklung von Regionalen Umweltzentren (RECs) in Osteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien.

**EU-Wasserinitiative (EUWI)**

Die EUWI wird beim Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg gestartet. Die Initiative verfolgt den Ansatz durch partnerschaftliche Politikdialoge mit verschiedenen Interessensgruppen auch in den EECCA-Staaten\* die Koordination und Kooperation zwischen den Akteuren zu stärken, um so das Wassermanagement zu verbessern und eine effektivere Zusammenarbeit im Wassersektor zu gewährleisten.

## 2002

06.2002 – 02.2003

 **Wasserwirtschaft und Gewässerschutz Einführung von Indikatoren für einen Leistungsvergleich von Trink- und Abwasser Versorgungseinrichtungen**

Das BHP förderte eine Studie zur Ermittlung des Zustandes und der Arbeitsbedingungen in der kommunalen Wasser- und Abwasserentsorgung in der Ukraine. Die Ergebnisse der Studie bildeten eine erste Datengrundlage für politische Entscheidungen im Wassersektor der Ukraine.

## 2003

12.2003 – 05.2006

 **Kreislaufwirtschaft**

**Erarbeitung eines integrierten Abfallmanagementsystems im Gebiet Kaluga (Russische Föderation)**

In Russland entstehen jährlich große Mengen Industriefälle, die nicht verwertet oder gelagert werden können. Durch das Projekt wurde der Rahmen zur umweltgerechten Handhabung von Abfällen im Gebiet Kaluga geschaffen. Die Stadt Kaluga testete eine Software zur Sammlung, Bearbeitung und Verwaltung der Abfalldaten.



Illegal entsorgte, verrostete Fässer mit Industrieabfall. Quelle: Fotolia, Jürgen Fälchle

\*EECCA-Staaten: Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Republik Moldau, Russland, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine und Usbekistan.

01.05.2004

#### Fünfte EU-Erweiterung

Die Staaten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern treten der EU bei.

12.05.2004

#### Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)

Die EU etabliert mit der ENP einen einheitlichen Ansatz für die Gestaltung ihrer Beziehungen zu ihren Nachbarstaaten. Strategisches Ziel der ENP ist es, die erweiterte EU und ihre Nachbarn zu verbinden und durch Wohlstand und Stabilität die Sicherheit aller Beteiligten zu stärken.

2004



01.01.2005

#### In der EU wird als neues Instrument für den Klimaschutz der Emissionshandel für das Treibhausgas Kohlendioxid eingeführt

Dieser soll den Ausstoß des klimaschädlichen Gases CO<sub>2</sub> durch Kraftwerke und andere Industrieanlagen vermindern.

2005

10.2005 – 07.2007

#### Umwelttechnologien/Wirtschaft

#### Rechtliche Grundlagen für die Bergung von Kampfmitteln in Lettland



Alte verrostete Artilleriemunition. Quelle: Fotolia, joppo

Kampfmittelbelastungen auf ehemals militärisch genutzten Flächen stellten in Lettland ein Problem dar. Ziel des Projektes war es, rechtliche Grundlagen für die Suche und Bergung von Kampfmitteln zu erarbeiten und sie in die lettische Gesetzgebung einzubinden. Ein neues Konzept für eine langfristige Lösung der Kampfmittelbelastung stellte dies sicher.

12.06.2006

#### Albanien unterzeichnet ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU

2006

08.2006 – 12.2006

#### Sonstiger Kompetenzaufbau

#### 5. Deutsch-Russische Umwelttage im Kaliningrader Gebiet

Seit 2002 werden gemeinsam mit der Gebietsregierung Kaliningrad die Deutsch-Russischen Umwelttage veranstaltet. 2006 übernahmen BMUB und UBA die Ausrichtung auf deutscher Seite von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU). 2006 wurden die Themen „Energieeffizienz im Wohnungssektor“, „Siedlungswasserwirtschaft/ Flussgebietsmanagement“, „Nachhaltige Fischerei“ sowie „Nachhaltiger Tourismus/ Landwirtschaft“ bearbeitet.

01.01.2007

#### Sechste EU-Erweiterung

Bulgarien und Rumänien treten der EU bei.

15.10.2007

#### Montenegro unterzeichnet ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU

06./07.12.2007

#### Intensivierung der deutschen Zusammenarbeit mit Russland

Deutschland und Russland vereinbarten bei der 11. Sitzung der Leitgruppe zur Durchführung des deutsch-russischen Umweltabkommens den weiteren Ausbau ihrer Zusammenarbeit im Umweltschutz.

2007

11.2007 – 01.2016

#### Klima und Energie

#### Verbesserte Ressourceneffizienz in Polen

Drei verschiedene Vorhaben zur Stärkung dezentraler Strukturen für Ressourcenschonung und Klimaschutz berieten Kommunalpolitiker und Landwirte dabei, Gestaltungsspielräume zugunsten einer innovativen, regionalen Energie- und Ressourcenpolitik zu nutzen und Modellprojekte zu entwickeln.



Mischfruchtanbau von Leindotter und Erbse. Quelle: Institut für Energie und Umwelttechnik – IEU

**29.04. & 16.06.2008**  
Serbien und Bosnien-  
Herzegowina unterzeichnen  
Stabilisierungs- und  
Assoziierungsabkommen  
mit der EU

**10.09.2008**  
Kasachstan im Blickpunkt  
deutscher Umweltpolitik  
Deutschland und Kasachstan  
vereinbaren eine verstärkte  
Zusammenarbeit in den  
Bereichen Klimaschutz und  
beim Transfer von Umwelt-  
technologien.

## 2008

**08.2008 – 08.2009**



**Chemikalien-  
sicherheit**

**Rechtliche Grundlagen zur  
Umsetzung der EU-Detergen-  
zien-Verordnung in Bulgarien**

Das BHP förderte die Stärkung  
der Verwaltung und die  
Entwicklung eines nationalen  
Systems für den Vollzug der  
EU-Verordnung 684/2004  
über Detergenzien in Bulga-  
rien. Detergenzien sind Stoffe,  
die in Reinigungsmitteln und  
Waschmitteln enthalten sind.  
Man versteht darunter sowohl  
natürlich vorkommende, als  
auch synthetisch hergestellte  
Tenside.

**07.05.2009**  
Die EU geht mit den sechs  
ehemaligen Sowjetrepubliken  
Armenien, Aserbaidschan,  
Georgien, Republik Moldau,  
Ukraine und Weißrussland die  
„Östliche Partnerschaft“ ein.

Die Östliche Partnerschaft  
ist ein Teil der Europäischen  
Nachbarschaftspolitik (ENP)  
mit dem Hauptziel, die Voraus-  
setzungen einer politischen  
Assoziierung und der weiteren  
wirtschaftlichen Integration  
der Partnerländer zu schaffen.

## 2009

**10.2009 – 12.2010**



**Naturschutz  
und Biodiversität**

**Walk on the Wild Side –  
Grenzüberschreitender  
Naturschutz entlang  
des südosteuropäischen  
Grünen Bandes**



Grenzgebiet zwischen  
Mazedonien und dem Kosovo.  
Quelle: T. Pezold (IUCN)

Das Projekt stärkte die Koope-  
ration beim Naturschutz im  
Grenzgebiet von Albanien, dem  
Kosovo und Mazedonien, einer  
Region mit außergewöhnlichem  
Artenreichtum im Hoch-  
gebirge. Das Gebiet entlang des  
ehemaligen Eisernen Vorhangs  
soll, nach Vorstellung der Euro-  
päischen Green Belt Initiative,  
unter internationalen Schutz  
gestellt werden.

## 2010

**11.2010 – 11.2015**



**Umwelttechnologien /  
Wirtschaft**

**Störfallvorsorge und Krisen-  
management im Donaudelta**

Das BHP förderte ein Vorhaben  
der UNECE-Industrieunfall-  
Konvention (IUK) in der Repu-  
blik Moldau, in Rumänien und  
in der Ukraine zum Schutz des  
Donaudeltas vor industriellen  
Störfällen. Dies geschah am  
Beispiel von Ölterminals, die  
sich unmittelbar oberhalb des  
Donaudeltas befinden. In die-  
ser Region besteht ein erhöhtes  
Gefahrenpotenzial für das  
Ökosystem und Weltnaturerbe  
Donaudelta. Projektziel war die  
Verbesserung der grenzüber-  
schreitenden Kommunikation  
beim Risikomanagement dieser  
drei Länder am Donaudelta.



Ölterminal in Giurgiulesti.  
Quelle: Danube Logistics

## 2011

**04.2011 – 10.2013**



**Öffentlichkeits-  
beteiligung**

**Umsetzung der Aarhus-  
Konvention mit der Entwick-  
lung von PRTR-Systemen in  
ausgewählten Ländern des  
Westbalkans**

Das Projekt klärte über die  
Möglichkeiten der Öffentlich-  
keitsbeteiligung auf, welche  
es Betroffenen ermöglicht, ihr  
Interesse an einer intakten  
Umwelt artikulieren und im  
Idealfall auch durchsetzen zu  
können. Mit den Teilnehmern  
wurde trainiert, wie man sich  
in Entscheidungsprozesse  
einbringt und den Zugang zu  
Gerichten verbessert.  
Zur Implementierung von  
Schadstofffreisetzungs- und  
Verbringungsregistern (Pol-  
lutant Release and Transfer  
Register, PRTR) wurden Hand-  
reichungen in verschiedenen  
Landessprachen erstellt und  
Internetportale eingerichtet.

01.03.2012

**Serbien wird**

**EU-Beitrittskandidat**

Nach Antragstellung im Dezember 2009 ist Serbien nun EU-Beitrittskandidat.

## 2012

02.2012 – 03.2015



**Sonstiger**

**Kompetenzaufbau**

**Beratung zum Umweltschutzgesetz für Armenien**



Im Schatten des Ararat: Beratungshilfe in Armenien. Quelle: Ralf Jülich

Das Projekt unterstützte die Modernisierung des armenischen Umweltschutzes und seine Angleichung an das der EU und förderte so den Umweltschutz in Armenien.



01.07.2013

**Siebte EU-Erweiterung**

Nach neun Jahren im Status eines Beitrittskandidaten, tritt Kroatien als 28. Mitgliedstaat der EU bei.

## 2013

03.2013 – 04.2015



**Naturschutz**

**und Biodiversität**

**Strategie für eine nachhaltige Tourismusentwicklung in den Karpaten**

Am 26.9.2014 verabschiedeten die Vertragsstaaten der Konvention zum Schutz und zur nachhaltigen Entwicklung der Karpaten (Polen, Rumänien, Serbien, Slowakei, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn) eine gemeinsame Strategie für nachhaltige Tourismusentwicklung in der Bergregion. Das BHP förderte die Strategieentwicklung für den Ausbau dieses einzigartigen Natur- und Kulturerbes als wettbewerbsfähige Tourismusdestination in Europa.

24.06.2014

**Albanien wird**

**EU-Beitrittskandidat**

Auch Montenegro, Serbien und die Türkei haben derzeit den Status eines Beitrittskandidaten für die EU (Stand bei Redaktionsschluss).

27.06.2014

**Georgien, die Republik**

**Moldau und die Ukraine un-**

**terzeichnen Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU**

## 2014

07.2014 – 01.2017



**Wasserwirtschaft**

**und Gewässerschutz**

**Umweltverträgliche**

**maritime Raumnutzungskon-**

**zepte für den Ostsee-**

**küstenraum der Russischen**

**Föderation**

Die Meeresraumplanung ist ein wichtiges Instrument zur nachhaltigen Entwicklung der Meere, insbesondere der Küstenmeere und der Ausschließlichen Wirtschaftszonen (AWZ). Deutsche Erfahrungen sollen Russland bei der Koordination verschiedener Nutzungen im Meeresraum unterstützen. Für eine Pilotregion im Ostseeraum wird ein umweltorientiertes räumliches Nutzungskonzept erarbeitet.

27.10.2015

**Der Kosovo unterzeichnet ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU**

**Erweiterung des**

**BHP-Programmraumes**

Das BMUB erweitert den BHP-Programmraum, um auch die Mittelmeer-Anrainerstaaten (MENA-Region, hier insbesondere Ägypten, Algerien, Israel, Libanon, Libyen, Marokko, Syrien, Tunesien sowie die Türkei) verstärkt in die Umweltzusammenarbeit einbeziehen zu können. Auch die Mongolei wurde 2015 BHP-Partnerland.

## 2015

07.2015 – 09.2015



**Luftreinhaltung**

**Experteneinsatz**

**zur Luftreinhaltung in**

**Ulan Bator, Mongolei**

Deutsche Experten recherchierten in Ulan Bator zur Luftqualitätssituation und den Ergebnissen bisheriger Beratungsprojekte. Mit mongolischen Fachleuten diskutierten sie die Ergebnisse und Beispiele guter Praxis aus Deutschland und der EU. Gemeinsam wurden Ideen und mögliche Schwerpunkte für die zukünftige Zusammenarbeit im Bereich Luftreinhaltung ausgearbeitet.



Hohe Tatra (Westkarpaten) im Winter. Quelle: Zuzana Okanikova

Smog in Ulan Bator. Quelle: G. Baumbach

## Projektserien

Bestimmte Themen werden durch das BHP wegen des längerfristigen Bedarfs kontinuierlich unterstützt. Beispiele sind:



### UNECE-Environmental Performance Reviews (EPRs)

Die UNECE führt seit 1996 Umweltprüfungen (Environmental Performance Reviews, EPR) zur Bewertung von Fortschritten in der Umweltpolitik einzelner Länder durch. Mehr Informationen unter:

<http://www.unece.org/env/epr.html>

Seit 2000 unterstützte das BHP die UNECE bei ihren EPRs für folgende Länder:

- ▶ Kasachstan, Bulgarien (2000)
- ▶ Serbien, Montenegro (2007)
- ▶ Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (2011)
- ▶ Albanien, Rumänien, Tadschikistan (2012)
- ▶ Republik Moldau, Kroatien (2014)
- ▶ Georgien, Weißrussland, Tadschikistan (in Bearbeitung)



### Deutsch-Russische Umwelttage im Kaliningrader Gebiet (Russische Föderation)

Die seit 2002 nahezu jährlich stattfindenden Umwelttage bestehen aus Fachveranstaltungen zu aktuellen umweltpolitischen Fragen der deutsch-russischen Zusammenarbeit mit besonderem Bezug zum Kaliningrader Gebiet. Das Ziel der Seminare ist jeweils die Darstellung der aktuellen Lage anhand ausgewählter Beispiele und Konzepte sowie die Erarbeitung von Empfehlungen für die nächsten Schritte, um in deutsch-russischer Kooperation die Entwicklung in den Themenfeldern voranzubringen.

Die Ergebnisse der langjährigen Zusammenarbeit mit dem Kaliningrader Gebiet sind unter [www.uba.de/kaliningrad](http://www.uba.de/kaliningrad) zu finden.



### Unterstützung des Nationalparkprogramms Turkmenistans mit fachlicher Begleitung des Bundesamtes für Naturschutz (BfN)

Ziel einer Serie von Beratungshilfeprojekten war es seit 2008, aus zwei Naturschutzgebieten sowjetischer Prägung erste Modell-Nationalparks nach Kriterien der World Conservation Union (IUCN) für Turkmenistan aufzubauen.

2010 wurde mit einem Expertenworkshop die Etablierung des Nationalparks Artschabil vorbereitet, bis 2012 konnte der Aufbau personeller Ressourcen zur Errichtung von Nationalparks in Turkmenistan gefördert werden. Bis 2014 unterstützte das BHP die Stärkung einer Expertengruppe zur Einrichtung von Nationalparks in Turkmenistan.



## Bilaterale Umweltübereinkommen

Grundlage vieler Beratungshilfeprojekte sind bilaterale Umweltübereinkommen, die die Bundesrepublik Deutschland mit den Staaten der Programmregion geschlossen hat.

### I. Staatsverträge & Regierungsabkommen zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes

Seit 1991 bis zur Etablierung des BHP wurden Abkommen mit Bulgarien, Polen, Rumänien, der Russischen Föderation, der Slowakei, der Tschechischen Republik sowie der Ukraine und Ungarn geschlossen.

Ab 2000 kamen Verträge mit Kasachstan (2012) und Armenien (2013) dazu.

### II. Ressortabkommen des BMUB sowie untervertragliche Instrumente zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes

Bis 1999 wurden Ressortabkommen des BMUB und weitere untervertragliche Instrumente zur Zusammenarbeit mit Albanien, Estland, Lettland, Litauen und Polen vereinbart.

Diese wurden ab 2000 durch Abkommen mit der Tschechischen Republik (2004), Kasachstan (2007, 2012), Turkmenistan (2009), Armenien (2013), der Republik Moldau (2014) und Rumänien (2015) ergänzt.

## Multilaterale Umweltübereinkommen

**Multilaterale Umweltübereinkommen sind wichtige Instrumente, um den Umweltschutz weltweit voranzubringen. Das Beratungshilfeprogramm unterstützt mit seinen Projekten vor allem folgende Abkommen aktiv:**

- ▶ Helsinki-Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt im Ostseeraum
- ▶ Karpatenkonvention
- ▶ UNECE-Aarhus-Konvention
- ▶ UNECE-Espoo-Konvention
- ▶ UNECE-Industrieunfall-Konvention
- ▶ UNECE-Luftreinhaltekonvention (CLRTAP)
- ▶ UNECE-Wasserkonvention
- ▶ UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC)
- ▶ UNESCO-Welterbeübereinkommen
- ▶ Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD)
- ▶ Wiener Übereinkommen zum Schutz der Ozonschicht

# Das Beratungshilfeprogramm wirkt ...

Umweltbelastungen und ihre Folgen machen an Staatsgrenzen nicht halt. Spätestens seit der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro, ist die gemeinsame Verantwortung aller Staaten für eine lebensfähige Welt in das allgemeine Bewusstsein gerückt. Die Abhängigkeit des Menschen von seiner Umwelt und die Auswirkungen des menschlichen Verhaltens auf weltweite Umweltveränderungen, werden seither immer mehr auf internationaler Ebene verhandelt und umgesetzt. Staaten haben eine Vielzahl multilateraler und bilateraler Vereinbarungen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Umweltschutz getroffen und auch die Umweltpolitik der EU entwickelt sich stetig weiter. Innerhalb dieses Rahmens steht dem BMUB mit dem Beratungshilfeprogramm ein wirksames Instrument zur Verfügung, mit dem es für Deutschland eingegangene Abkommen und Konventionen zur Etablierung und Umsetzung von Umweltstandards zielgerichtet umsetzen kann.

Im Auftrag des BMUB sichert das Umweltbundesamt, gemeinsam mit den anderen Bundesoberbehörden des Umweltressorts, durch sein breites Kompetenzspektrum und die große fachliche Qualifikation seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die hohe Qualität der Beratungshilfeprojekte. So tragen das Programm und das UBA dazu bei, dass sich die Umweltsituation im Programmraum verbessert, sich die Zusammenarbeit mit den Ländern des Programmraums intensiviert und sich neue Kooperationen etablieren. Die Einbindung internationaler Organisationen in BHP-Projekte ermöglicht die multilaterale und weit reichende Nutzung von Projektergebnissen. Beispielsweise konnte eine in BHP-Projekten erarbeitete Checklistenmethodik zur

Erhöhung der Sicherheit bei industriellen Rückhaltebecken im Bergbau die empfohlenen UNECE-Sicherheitsleitlinien um ein nutzerfreundliches Instrument ergänzen. Die Methodik ist nun allen UNECE-Ländern zugänglich und Trainingsveranstaltungen dazu werden im Rahmen des Arbeitsprogrammes der UNECE-Industrieunfall-Konvention in einer Reihe von Ländern angeboten.

Die Projektservicestelle des BHP im UBA koordiniert die intensive Abstimmung mit dem BMUB, den Adressaten der Beratung im Programmraum, den durchführenden Organisationen in allen Projektphasen sowie den anderen Fachbehörden. Ihre zentrale Rolle stellt einen der Erfolgsfaktoren des Programms dar, indem sie seine Flexibilität mit der Möglichkeit auf wechselnde Anforderungen zu reagieren, sicherstellt.

## ... und wirkt weiter

Die ungebrochen hohe Nachfrage nach Beratung und Know-How-Transfer erreicht das BHP seit der Erweiterung des Programmraumes nun auch aus den neuen Partnerländern. Sie zeigt, dass das BHP dem Bedarf seiner Zielländer entspricht. Daher bleibt das Programm auch zukünftig langfristigen Lösungen zum Schutz der Umwelt verpflichtet. Das UBA wird seinem Anspruch, eine dauerhafte Wirkung von BHP-Projektergebnissen in den Partnerländern zu erreichen, weiterhin entsprechen und die maßgeschneiderte sowie wirkungsorientierte Beratung stetig weiter verbessern.

### Herausgeber:

Umweltbundesamt  
Fachgebiet I 1.2  
Postfach 14 06  
06813 Dessau-Roßlau  
Tel: +49 340-2103-0  
info@umweltbundesamt.de  
Internet: www.umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt.de  
 /umweltbundesamt

**Autoren:** K. Lenz, W. Mücka, Dr. S. Otto, Dr. R. Willing, R. Wollmann

**Redaktion:** Projektservicestelle des Beratungshilfeprogramms im Umweltbundesamt (Fachgebiet I 1.2)

**Gestaltung:** W. Mücka

### Publikation als pdf:

<http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/beratungshilfeprogramm>

### Bildquellen:

siehe Bildunterschriften

**Stand:** November 2015

ISSN 2363-8311

Im Auftrag des:



Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz,  
Bau und Reaktorsicherheit



► Diese Broschüre als Download  
<http://bit.ly/1LPsCnk>

 [www.facebook.com/umweltbundesamt.de](http://www.facebook.com/umweltbundesamt.de)  
 [www.twitter.com/umweltbundesamt](http://www.twitter.com/umweltbundesamt)